

Für bezahlbaren Wohnraum und ein lebenswertes Niedersachsen.

Wohnen ist ein Grundrecht. Alle Menschen brauchen einen Ort zur eigenen Entfaltung, an dem Privatsphäre und Sicherheit gewährleistet sind. Durch explodierende Mieten und Immobilienpreise wird es aber auch für Normalverdiener*innen immer schwieriger, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Seit Jahren kennen insbesondere die Angebotsmieten nur eine Richtung: aufwärts. Das trifft viele Menschen in Niedersachsen hart, etwa die Hälfte wohnt zur Miete. In Ballungszentren sind es noch mehr und dort ist die Lage besonders dramatisch. In Hannover, Oldenburg, Göttingen, Braunschweig, Osnabrück und Wolfsburg muss rund die Hälfte aller Haushalte über 30 Prozent ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Sie sind damit finanziell überlastet – häufig trotz ordentlicher Verdienste.

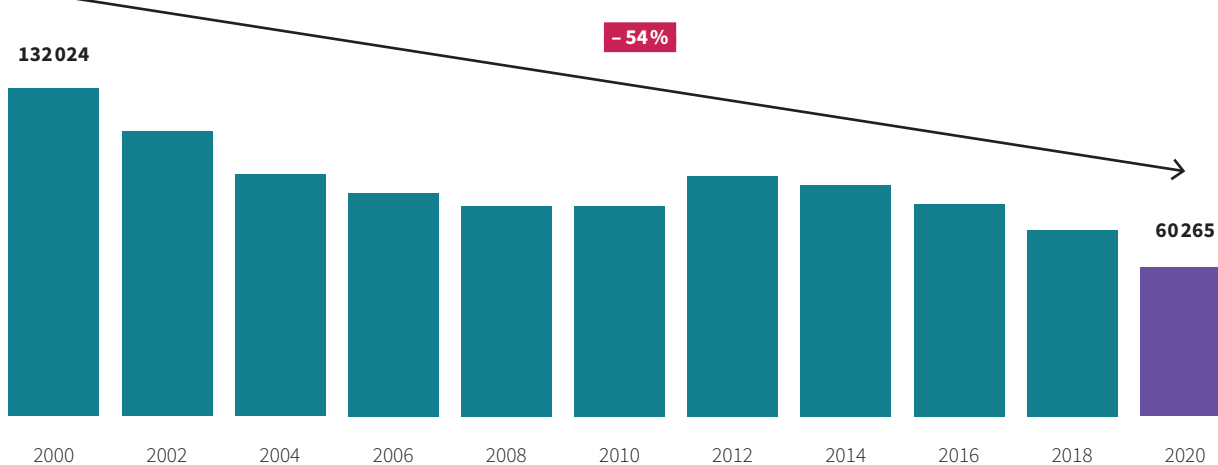
Dazu kommt, dass sich der Bestand an Sozialwohnungen in Niedersachsen in den letzten 20 Jahren mehr als halbiert hat. Angebote für Geringverdienende sind deshalb Mangelware. Die Privatisierungswellen von öffentlichen Wohnungsbeständen und Liegenschaften nach dem Motto »Der Markt regelt alles« waren ein schwerer Fehler, da es auf dem privaten Wohnungsmarkt in erster Linie um Rendite geht. Unverbindliche Ankündigungen helfen den Menschen nicht weiter. Das Land muss endlich wieder aktiv in die Wohnungsmarktpolitik einsteigen, statt den Wohnungsmarkt nur Dritten zu überlassen.

Konkret: Die To-Do-Liste der neuen Landesregierung

- **Landeswohnungsbaugesellschaft:** Landeseigene Gesellschaft gründen und damit 40 000 Wohnungen zu bezahlbaren Mieten anbieten.
- **Sozialwohnungen:** Bestand an mietpreisgebundenen Wohnungen in Niedersachsen dauerhaft um 100 000 Wohneinheiten anheben.
- **Nicht-profitorientierter Wohnungssektor:** Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften stärken und sich für eine neue Wohngemeinnützigkeit einsetzen.
- **Erbbaurecht:** Öffentliche Baugrundstücke in angespannten Wohnungsmärkten nur selbst bebauen oder durch Erbbaurecht Dritten zur Verfügung stellen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- **Bodenfonds:** Systematisch Grundstücke erwerben, erschließen und entwickeln mit Hilfe eines Bodenfonds für Kommunen, der durch das Land mit ausreichend finanziellen Mitteln ausgestattet wird.
- **Wohnungspolitisches Maßnahmenpaket:** Konkrete Schritte vorantreiben, wie eine Verlängerung der Bemessungszeiträume der Mietspiegel von vier auf zehn Jahre oder eine umfassende Förderung von sozialer Quartiersarbeit.
- **Pakt gegen Wohnungslosigkeit:** Sicherstellen, dass Wohnungslose dauerhaft eine eigene Wohnung bekommen u. a. durch mehr Projekte nach dem Housing-First-Konzept und einem zwischen Sozial- und Bauministerium koordinierten Sonderprogramm für besondere Bedarfsgruppen.

ENTWICKLUNG DES BESTANDES AN SOZIALWOHNUNGEN IN NIEDERSACHSEN

Angaben in Wohneinheiten



Quellen: BT-Drucksache 18/11403, LT-Drucksache 18/3707, BMI 2020 & 2021; eigene Darstellung